

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

6. Mai 2016

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0044-I.1/2016

Die Abgeordneten zum Nationalrat Rudolf Plessl, Kolleginnen und Kollegen haben am 8. März 2016 unter der Zl. 8581/J-NR/2016 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Kosten für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen von Gipfelgesprächen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Vorfeld der letzten Gipfelgespräche fanden zahlreiche Koordinierungsgespräche zwischen dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) und dem Bundesministerium für Inneres (BMI) statt.

Zu Frage 2:

Gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 Bundesgesetz über die Organisation der Sicherheitsverwaltung und die Ausübung der Sicherheitspolizei, StF: BGBl. Nr. 566/1991 idF BGBl. Nr. 662/1992 (SPG) obliegt den Sicherheitsbehörden der besondere Schutz der Vertreter ausländischer Staaten, internationaler Organisationen und anderer Völkerrechtssubjekte. Das BMI trägt auch die Kosten dieser Schutzmaßnahmen.

Soweit notwendig werden bei internationalen Konferenzen auch Zutritts- bzw. Sicherheitsvorkehrungen innerhalb der Konferenzfazilitäten auf Basis einer Gefährdungseinschätzung des BMI vorgesehen. Die budgetäre Bedeckung dieser Kosten erfolgt durch das BMEIA, sofern dieses Einlader ist. Diese Aufteilung galt zum Beispiel auch für die Irangespräche.

./2

Zu Frage 3:

Im Zeitraum 2008-2015 sind im BMEIA folgende Kosten für Sicherheitsmaßnahmen für internationale Konferenzen angefallen.

2008 :	Euro 35.269,91
2009:	Euro 10.988,66
2010:	Euro 6.490,15
2011 :	Euro 3.857,64
2012:	Euro 0,00
2013:	Euro 36.732,70
2014:	Euro 265.687,87
2015:	Euro 360.169,06

Ein Vergleich zwischen „Anschlag/tatsächliche Ausgaben (Rechnungsabschluss)“ ist nicht möglich, da keine separate Budgetierung für Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen von internationalen Veranstaltungen im BMEIA geführt wird.

Zu Frage 4:

Nein, da bereits eine Kostenteilung zwischen dem BMEIA und BMI stattfindet.

Sebastian Kurz

